



Abstimmung vom 18. Juni 2023

Entschärfte Klimaschutz- vorlage schafft es deutlich ins Ziel

**Angenommen: Klimagesetz (Bundesgesetz über
die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die
Stärkung der Energiesicherheit)**

Bernadette Flückiger

Empfohlene Zitierweise: Flückiger, Bernadette (2026): Entschärfte Klimaschutzvorlage schafft es deutlich ins Ziel. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Nachdem die Schweiz 2015 das Pariser Klimaschutzabkommen unterzeichnet, will der Bundesrat die nötigen Massnahmen mit einer Revision des CO₂-Gesetzes erreichen. Während dessen Beratung im Parlament gelangen Klimaschützer:innen jedoch zum Schluss, dass diese zu wenig weit gehen werde, um die Klimaerwärmung wirksam und gemäss den Vorgaben des Pariser Abkommens zu bremsen. Deshalb reichen sie 2019 – in der Hochphase der Schweizer Klimabewegung – nach bloss siebenmonatiger Unterschriftensammlung die Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» ein. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz bis ins Jahr 2050 klimaneutral wird. Ab dann sollen keine weiteren fossilen Brenn- und Treibstoffe in Verkehr gebracht werden dürfen. Allfällige weiterhin bestehende Treibhausgasemissionen müssten durch dauerhafte Treibhausgassenken aufgefangen werden. Noch während die Gletscher-Initiative auf ihre Behandlung durch den Bundesrat wartet, erleidet die Klimabewegung mit dem Volks-Nein zum CO₂-Gesetz (Vorlage Nr. 644) einen herben Rückschlag.

Dem Bundesrat geht die Gletscher-Initiative Initiative zu weit, obwohl er sich grundsätzlich ebenfalls für ein Netto-Null-Ziel bis 2050 ausspricht. Er präsentiert in der Folge einen direkten Gegenentwurf mit demselben Ziel, jedoch mit mehr Flexibilität bei der Umsetzung.

Der Nationalrat tritt zunächst auf diesen Gegenentwurf ein, im Ständerat scheitert dieser aber. Grund dafür ist, dass die nationalrätliche UREK in der Zwischenzeit einen indirekten Gegenvorschlag in Form einer parlamentarischen Initiative ausgearbeitet hat. Die Kommission und schliesslich auch die Räte erachten dieses Vorgehen als zeitsparender als den Weg über eine Verfassungsänderung. Der Ständerat stimmt dem Klimagesetz in der Schlussabstimmung mit 38 zu 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu, der Nationalrat nimmt es mit 139 zu 51 Stimmen und 2 Enthaltungen an. Die Ablehnungen und die Enthaltungen stammen vor allem aus den Reihen der SVP-Fraktion. Nach diesem Beschluss ziehen die Initiant:innen die Gletscher-Initiative bedingt zurück.

Noch während des parlamentarischen Prozesses kündigt die SVP das Referendum gegen die Gesetzesvorlage an.

GEGENSTAND

Mit dem Klimagesetz wird das Ziel, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral sein soll, auf Gesetzesebene festgeschrieben. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Emissionsverminderungsziele für die einzelnen Sektoren Gebäude, Verkehr und Industrie festgelegt. Zum Inhalt der Vorlage gehören auch die befristete Förderung innovativer, klimaschonender Technologien und ein Impulsprogramm zum Ersatz von Öl- und Gas-Heizungen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Die SVP setzt sich als einzige grössere Partei für ein Nein an der Urne ein. Unterstützt wird ihre Gegenkampagne von der EDU, der Lega, Gastro-

Suisse und dem Hauseigentümerverband, wobei aber die Fédération romande immobilière und mehrere Deutschschweizer HEV-Sektionen die Ja-Parole fassen. Der Gewerbeverband beschliesst Stimmfreigabe. Das Nein-Lager argumentiert, dass mit dem Gesetz faktisch ein Verbot von Heizöl, Gas, Diesel und Benzin drohe. Dies bedeute im Umkehrschluss einen stark steigenden Strombedarf, welcher die Schweiz teuer zu stehen kommen werde. Ausserdem würde die Schweizer Landschaft mit Solaranlagen und Windrädern verschandelt, um mehr Strom zu erzeugen. Es handle sich mithin um ein «Stromfressergesetz», so die Nein-Kampagne.

Auf der befürwortenden Seite befinden sich nebst dem Bundesrat alle anderen Parteien von den Grünen bis zur FDP. Das Ja-Lager tritt geschlossen auf als noch beim 2021 an der Urne gescheiterten CO₂-Gesetz: An seinem rechten Rand gibt es diesmal kaum abweichende FDP-Sektionen, und am linken Rand formiert sich keine Gegnerschaft. Auch viele Verbände und Organisationen aus den verschiedensten Bereichen – etwa Umweltschutz, Wirtschaft, Landwirtschaft und Kirchen, einschliesslich Economiesuisse und Schweizer Bauernverband – unterstützen das Gesetz. Ihrer Ansicht nach trägt das Klimagesetz zu einer stabilen Energieversorgung bei, reduziert die Abhängigkeit von Energieimporten aus dem Ausland und stärkt den Schutz vor klimabedingten Risiken. Besonders betont das Ja-Komitee immer wieder, dass die Vorlage – im Gegensatz zum CO₂-Gesetz – keine neuen Steuern, Abgaben, Vorschriften oder Verbote enthalte.

Die Abstimmungsvorlage wird in den Printmedien überdurchschnittlich stark mit Inseraten beworben, wobei deutlich mehr Inserate von den Befürworter:innen geschaltet werden (Heidelberger/Gerber 2023). Auch in den Zeitungsartikeln findet das Klimagesetz überdurchschnittliche Beachtung (fög 2023).

ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 42,5% wird das Klimagesetz mit einem Ja-Anteil von 59,1% deutlich angenommen. Die höchste Zustimmung erfährt die Vorlage im Kanton Genf mit einer Zustimmung von 74% und in Basel-Stadt mit 73%. In sieben Kantonen der Inner- und Ostschweiz überwiegen die Nein-Stimmen, am niedrigsten ist der Ja-Anteil im Kanton Schwyz mit 42%.

Gemäss VOX-Analyse spielten insbesondere die Parteisympathie, das Geschlecht sowie der Bildungsgrad und der Lohn eine wichtige Rolle beim Abstimmungsverhalten: Anhänger:innen der SVP, Männer, Personen mit niedrigerem Bildungsniveau und solche mit einem tieferen Lohn stimmten häufiger gegen das Klimagesetz.

QUELLEN

Flückiger, Bernadette, und Diane Porcellana (2021). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Totalrevision des CO₂-Gesetzes nach 2020»*,

2016–2021. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 2.4.2024.

Flückiger, Bernadette, und Diane Porcellana (2023). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Volksinitiative «Für ein gesundes Klima (Gletscher-Initiative)» und direkter Gegenentwurf», 2019–2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 2.4.2024.

Flückiger, Bernadette (2023). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: «Indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative. Netto null Treibhausgasemissionen bis 2050», 2021–2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 2.4.2024.

fög (2023). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 18. Juni 2023. Schlussbericht vom 16.6.2023*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

gfs.bern (2023). *VOX-Analyse Juni 2023. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 18. Juni 2023*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marlène Gerber (2023): *APS-Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 18. Juni 2023. Zwischenstand vom 8.6.2023*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 18.6.2023 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 21.501).

Bundesblatt: BBI 2021 1972. BBI 2022 1536. BBI 2022 2403. BBI 2022 2412. BBI 2023 2015.